

Geplanter Syrien-Einsatz der Bundeswehr

Sehr geehrte ...

am kommenden Freitag soll der Bundestag darüber entscheiden, ob er dem Beschluss der Bundesregierung zustimmt, dass sich die deutschen Streitkräfte am militärischen Einsatz gegen den IS beteiligen, u.a. mit Tornado-Flugzeugen und ihrer Aufklärungselektronik, Tankflugzeugen und einer Fregatte der Bundesmarine.

Wir möchten Sie dringend bitten, einem solchen Mandat nicht zuzustimmen!

Keiner der drei Legitimationsgründe, den die Bundesregierung aufführt, darf Sie überzeugen:

Zwar hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in einer Resolution im November dazu aufgerufen, gegen die Bedrohung für den Weltfrieden durch den IS vorzugehen. Doch hat er keineswegs dazu kriegerische Mittel benannt und keine eindeutige Erlaubnis erteilt, die als Mandat für die Militäraktionen der USA und der EU gelten könnten. Somit wäre auch die Beteiligung der Bundeswehr ein Verstoß gegen das Völkerrecht.

Eine Berufung auf den Artikel 42 des EU-Vertrages, der eine Beistandszusage im Falle eines Angriffs auf einen Mitgliedsstaat enthält, greift ebenso wenig, da EU-Recht nicht höher steht als das Völkerrecht.

Selbst wenn das Selbstverteidigungsrecht jedes Staates gegen terroristische Anschläge nicht in Frage steht, so muss doch nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel und ihrer Ziel-Angemessenheit gefragt werden. Um sich etwa gegen französische und belgische Attentäter mit islamistischem Hintergrund zu schützen und zu wehren, stehen in erster Linie geheimdienstliche, polizeiliche und juristische Mittel zur Verfügung, durch die mehr Sicherheit für die europäische Bevölkerung erreicht werden kann als durch Luftangriffe in Syrien und im Irak. Eine noch bessere europäische Zusammenarbeit auf diesem Gebiet wäre zu begrüßen und ein echtes Signal der Solidarität mit Frankreich.

Bei einem verstärkten Militäreinsatz hingegen steht zu befürchten, dass die gewaltsamen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten noch eskalieren.

Es wäre schwer nachvollziehbar, wenn die westliche Politik aus den Militärinterventionen der jüngsten Geschichte nicht gelernt haben sollte. In Afghanistan, im Irak und in Libyen z.B. haben sie diese Länder keinesfalls stabilisiert oder vom Terror befreit, sondern an der Spirale der Gewalt, des Hasses und der Rache weiter gedreht. Die bisherige Bilanz des „Krieges gegen den Terror“ ist doch verheerend – und jetzt soll auf „mehr desselben“ gesetzt werden?

Wir können Sie nur dringend davor warnen, die Gefahr zu unterschätzen, dass die Probleme

in Syrien sich eher verschlimmern, dass viele unschuldige Zivilisten den Angriffen zum Opfer fallen werden und dies dem IS weiteren Zulauf verschafft.

Auch möchten wir an Sie appellieren, nicht der Verharmlosung zu folgen, es handle sich bei dem geplanten Einsatz „nur“ um Aufklärung, um einen „Militäreinsatz light“ sozusagen. Die Tornados, das für den Einsatz vorgesehene Satellitensystem SAR-Lupe und die Radaranlagen der Fregatte liefern Daten für die Zielerfassung und ermöglichen damit weitere Bomben- und Raketenangriffe der Koalition gegen den IS.

Eine Beteiligung der Bundeswehr an einer Intensivierung der militärischen Gewalt würde Deutschland folglich zur Kriegspartei machen, auch wenn alle den Begriff des Krieges gern vermeiden – sicherlich nicht ohne Grund. Angela Merkels Sprachregelung von den „Komponenten des Kampfes“ zur Erweiterung der bisherigen Allianz gegen den IS ist da auch wenig hilfreich, zumal schon die Waffenlieferungen in den Nordirak sehr bedenklich waren: Die Region wurde weiter aufgerüstet und der Endverbleib der Waffen ist schier unkontrollierbar.

Wer sich gegen den geplanten Militäreinsatz wendet, wird zu Recht nach den Alternativen gefragt, zumal die Kriegspläne oftmals als alternativlos dargestellt werden.

Neben der Verbrechensbekämpfung im eigenen Land – u.a. durch Kontrolle der „Heimkehrer“ aus den IS-Ausbildungscamps und durch ein koordiniertes Vorgehen gegen die Rekrutierungsbemühungen der Extremisten betonen wir: Dem IS muss vor allem die ökonomische Basis entzogen werden, d.h.

- den Handel mit Öl und anderen Gütern zwischen dem IS und Partnern in der Türkei unterbinden,
- Geldströme kappen, die in IS-Gebiete fließen,
- Waffenlieferungen stoppen.

Ebenso wichtig, aber erst längerfristig wirksam wäre es, alles dafür zu tun, dass dem IS der Nährboden entzogen wird. Die Unterstützung, die er genießt, besteht in dem Versprechen einer ideellen Heimat und eines machtvollen Widerstands gegen die westliche politische, wirtschaftliche und kulturelle Gewalt, die wir oftmals aus unserem Bewusstsein ausblenden. Konkrete Angebote zur Mitwirkung an der politischen Zukunft der kriegsgeschüttelten Länder durch eine Verhandlungslösung und durch den Wiederaufbau der Krisenregion könnten die Attraktivität der islamistischen Gruppierungen schwächen.

Wir sind überzeugt: Für die Konflikte in Syrien und dem Irak kann es keine militärische, sondern nur eine politische Lösung geben.

Bitte unterstützen Sie diese friedensorientierte Politik durch Ihr Nein zum Kriegseinsatz!

Münster, den 3.12.2015

Veronika Hüning, Gescher, Diözesanvorsitzende

Claus Lohscheller, Dinslaken, Geschäftsführer

Eberhard Ockel, Vechta, Mitglied des Diözesanvorstandes

Hildegard und Thomas Garske, Wesel, Mitglieder des Diözesanverbands Münster